



CDU

der CDU-Fraktion
in der Gemeinde Wenden

FRAKTION WENDEN

Vorsitzender: Patrick Bredebach
Tel. 02762 6007746
Mobil 0151 42615623
E-Mail p.bredebach@gmx.de

11. Dezember 2024

Haushaltsrede des CDU Fraktionsvorsitzenden
der Gemeinde Wenden, Patrick Bredebach, zur
Ratssitzung am 11. Dezember.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuhörerbereich und von der
Presse.

Wir sind im letzten Jahr der Wahlperiode angekommen und es gilt festzuhalten,
wo wir stehen. Schlagwortartig lassen sich die Rahmenbedingungen der letz-
ten Jahre beschreiben: mit der Corona- Pandemie, dem Ukraine-Krieg, den ste-
ten Herausforderungen des Klimawandels und zu Beginn des neuen Jahres der
zweiten Präsidentschaft Trumps und seinen noch unabsehbaren Folgen. Wahr-
lich schwere Rahmenbedingungen.

Sie rahmen hier vor Ort unsere Aufgaben, die allein schon groß genug sind.

Der Haushaltsplan 2025 ist dabei wie jeder andere Haushalt Ausdruck der politischen Prioritätensetzung – und dies angesichts einer düstereren wirtschaftlichen Entwicklung und somit eventuellen Auswirkungen auf die Gewerbesteuer sowie zunehmenden Sozialausgaben, die über den Kreis auf uns abgewälzt werden.

Die Ampel in Berlin ist geplatzt, in Wenden regiert sie freudig weiter, wobei sie ja selbst abstreitet, zu koalieren aber de facto zusammen Anträge stellt und abstimmt. Die Folge des Abstreitens ist, dass es keine stabilen Verhältnisse gibt, das macht die Sitzungen unvorhersehbar (und auch manchmal langatmig), damit wird die Politik aber unzuverlässig und unberechenbar.

So kurz vor Weihnachten kann ich da nur einen Wunsch loswerden, der glaube ich der Gemeinde gut tun wird. Wir benötigen stabile Verhältnisse. Für die kommende Wahl wünsche ich mir für die Gemeinde klare Mehrheiten. Sollte es für uns nicht reichen, benötigen wir stabile Absprachen und keine ständigen Wechsel. Das würde auch evtl der Tonalität und der Zusammenarbeit gut tun, denn das muss ich ehrlich sagen, war in den letzten Jahren häufig problematisch. Wir haben unsere Rolle finden müssen, ihr aber offensichtlich auch. Eins ist klar: Die politische Mehrheit muss sich Kritik der Minderheit gefallen lassen, auch an bereits getroffenen zentralen Entscheidungen und bereits im Haushalt festgehaltenen Maßnahmen. Da hilft kein Basta und auch kein einfacher Hinweis, dass man schlechter Verlierer sei. Oder wollt ihr etwa als überhebliche Gewinner bezeichnet werden? Auf dem Niveau möchte ich nicht diskutieren.

Die Rahmenbedingungen werden also schwieriger. Im Haushalt ist ein Abschmelzen der Ausgleichsrücklage vorgesehen: von heute fast 35 Mio Euro auf ca. 5,8 Mio bis Ende 2028. Wir sehen diese Prognose seit Jahren – nur immer um ein Jahr weitergeschoben. Die Folge ist: die Planung wird per se in Zweifel gezogen.

Dies bedarf aber einer genaueren Betrachtung: wir bekommen im investiven Bereich die Summen schlicht nicht verbaut, folglich werden diese über die Abschreibung und eventuelle Finanzierungskosten nicht wirksam. Somit

verschieben sich die Defizite strukturell Jahr für Jahr nach hinten. Wir haben uns zwar darauf geeinigt, Baumaßnahmen mit den einzelnen Planungsphasen stärker nach außen zu vergeben. Ob dies wirkt, werden wir aber noch sehen.

Haushalterisch muss man aber konstatieren: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Abschreibungen auf Gebäude und Kosten für die Fremdfinanzierung werden den Haushalt belasten. Aktuell ist eine Pro-Kopf Verschuldung von rund 3200 Euro prognostiziert - bis auf bereits berücksichtigte 5 Mio fehlen dabei aber noch die Kosten für den Umbau der Gesamtschule, von der Ortsumgebung Gerlingen und den Unwägbarkeiten der noch nicht begonnenen Projekte ganz zu schweigen. Doch nur mal grob kalkuliert: Aus der Investition von ca. 120 Mio ergeben sich bei einer Abschreibungsdauer von 60 Jahren 2 Mio zzgl. Finanzierungskosten (also bei 80 Mio bei 2,5% ca. 2 Mio): insgesamt ca. 4 Mio im Vergleich zum Startschuss des Investitionsprogramms. Das war von Anfang an klar. Die Konzentration auf das Wesentliche musste daher von Beginn an die Lösung sein.

Aussagen wie 'Alles ist uns gleich **wichtig**' und 'wir wollen nicht gegeneinander Auspielen' sind falsch, streuen der Bevölkerung und offensichtlich den Handelnden selbst Sand in die Augen. Denn: Schlussendlich ist es derselbe Geldbeutel aus dem bezahlt wird, sind es dieselben Schreibtische, über die die Projekte gehen. Die zuletzt angesetzten Projekte laufen damit Gefahr, nicht wie gewünscht realisiert zu werden. Wir haben daher von Anfang an gefordert, die Pflichtaufgaben in den Mittelpunkt zu stellen. Anträge zum Haushalt sollten sich auf Kernaufgaben beschränken. Zugleich haben wir alle unsere Lieblingsprojektchen und bereits versprochene Leistungen gegenüber: diese sollten wir abarbeiten und nichts obendrauf setzen. Kommen wir also zu den Kernaufgaben:

Dies sind die Feuerwehrgerätekäuser, welche modernen Anforderungen insbesondere im Bereich des Arbeitsschutzes genügen. Denn: die freiwilligen Feuerwehrleute erbringen ihren Dienst in der Freizeit. Sie setzen ihr Leben aufs Spiel, stellen einen Grundpfeiler der Daseinsvorsorge dar. Und übrigens auch monetär möchte ich mir keinen Haushalt mit Berufsfeuerwehr vorstellen.

Bei den Grundschulen haben wir die Planungen stehen. Viel Luft haben wir nicht, daher gilt auch hier: es ist und wäre sinnvoll, die Pflichtaufgaben als Schulträger in den Mittelpunkt zu stellen. Inhaltlich haben wir die Brandbriefe zu den Toilettenanlagen gesehen. In der Grundschule Wenden wird aktuell eine Lösung erarbeitet, bei der Gesamtschule hoffe ich auf ein ähnliches, zielgerichtetes Vorgehen. Was uns aber die Diskussion darüber zeigt, ist die Feststellung, dass gerade bei weiterführenden Schulen, kleine, altershomogene Strukturen sinnvoll sind, da sie weniger anfällig für Vandalismus sind. Eben jene, übersichtliche und altershomogene Strukturen bevorzugen wir im Sinne einer Lernhauschule – sofern am Ende noch finanzierbar. Die Sanierung der Toiletten muss zügig an beiden Schulen kommen, zumal pädagogische Ansätze begleitend vorgesehen sind. Die Haushaltsansätze sind vorhanden.

Neben der Bildung haben wir uns dem Bauen verschrieben - dies bedeutet gewünschten Wohnraum zu schaffen. Wir haben hier in den letzten Jahren geliefert. Auch wenn die langen Abläufe bei den Bürgern erklärungsbedürftig sind - am Ende der Wahlperiode kann man sagen, dass wir Bauplätze schaffen, geschaffen haben und Wohnraum in unterschiedlichen Preissegmenten anstreben. Zugleich müssen wir die Ortskerne im Blick behalten, um einem Donut-Effekt entgegenzuwirken.

Kommen wir zur Förderung der Wirtschaft. Ortsnahe Arbeitsplätze und gute Gewerbesteuerzahler sollten unser Ziel sein. Hier sind wir in den letzten Jahren nur bedingt vorwärtsgekommen. Zwei Gewerbegebiete werden kurzfristig kommen (Hünsborn Sportplatz, Ottfingen), ein Gewerbegebiet lässt auf sich warten. Die Entwicklung des ehemaligen Brandt-Geländes kommt nicht so schnell vorwärts, wie wir es uns wünschen. Ob dies in einer gemeindeeigenen Gesellschaft besser gelänge, wie damals von der SPD gefordert, würde ich aber stark bezweifeln. Aber das nur am Rande. Wenn die Gewerbegebiete entwickelt sind, werden wir keine weiteren Flächen haben. Hier hat die Mehrheit aus UWG, Grüne und SPD keine Vorschläge unterbreitet, wie sie sich eine gewerbliche Entwicklung vorstellt. Stattdessen genügten die vorgesehenen Flächen. Hier bin ich skeptisch und kann den Optimismus nur schwer teilen. Eh dies falsch interpretiert wird: der Ruttenberg ist nicht als Gewerbegebiet vorgesehen. Wir warten hier auf Alternativvorschläge vonseiten der Ampel-Mehrheit.

Die Gemeinde ist für die Daseinsvorsorge zuständig. Wir müssen beim Hochwasserschutz besser werden und zugleich ehrlich sein: Baulich kann man an manchen Stellen etwas machen, aber man wird baulich nicht an allen Stellen etwas machen können. Es gilt besonnen und zugleich zügig zu handeln. Deshalb stellen wir einen Antrag, der die Verwaltung beauftragt, die Ergebnisse des Arbeitskreises für den Hochwasserschutz unmittelbar umzusetzen.

Ein weiteres wichtiges Thema sind unsere freiwilligen Leistungen für die Unterstützung der Vereinsarbeit. Wenn auch der Ansatz im Vergleich zu anderen Posten nicht überschwänglich hoch ist, so müssen uns die Vereinsförderung oder die Aktivitäten in unseren Dörfern etwas wert sein. Hier ist beispielsweise Elben mit der Übernahme des Pfarrheims zu nennen, für das wir den Antrag stellen, die Mittel für 2025 wie im September besprochen einzustellen. Ehrenamtlicher Einsatz macht eine lebendige Gesellschaft aus. Lasst uns gemeinsam Ehrenamtlichen den Rücken stärken und diese nicht mit kleinteiligen Anforderungen gängeln. Wir sollten mittelfristig überlegen, wie wir freiwillige Leistungen beispielsweise über Stiftungen sichern können. Zugleich sollten wir die Kooperation zwischen den Vereinen fördern - innerorts und darüber hinaus.

Der Haushalt ist ein Konvolut kleiner und großer Maßnahmen. Ich bin hier auf die groben Züge eingegangen. Themen wie Kinderbetreuung, Kinderspielplätze, Kulturförderung, Digitalisierung, Ausbau von Netzen müssten noch angesprochen werden. Das würde aber den Rahmen sprengen.

Zusammenfassend stelle ich für meine Fraktion fest: Wir befinden uns global in einer schwierigen Lage, die sich auch auf die Finanzen unserer Gemeinde niederschlagen wird. Wir werden nicht ewig eine Gemeinde der Glückseligen bleiben. Aber wir haben in den letzten Jahren gut gewirtschaftet und sollten mit dem Haushalt in die Zukunft investieren.

Steuern werden insgesamt nicht erhöht, was wir in diesen Zeiten auch als falsches Signal sehen würden. Eine kleine Ausnahme bleibt die Gewerbesteuer, wo wir eine minimale Anhebung von rund 2% vornehmen werden, um Verluste aus der neuen Grundsteuer im Bereich der

gewerblichen Immobilien zu kompensieren. Unser langfristiges Ziel bleibt, die Belastung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen gering zu halten. Hier sind die steigenden Abgaben beim Abfall und dem Abwasser nicht gewollt, sind aber im interkommunalen Vergleich vertretbar.

Wir haben lange darüber diskutiert, ob man dem Haushalt angesichts der Prioritätensetzung zustimmen soll. Letztendlich würde aber bei einem Haushalt ohne Mehrheit ein Effekt eintreten, der noch größer wäre als derjenige Schaden, der im letzten Jahr durch den Sperrvermerk angerichtet worden ist. Angesichts der wackeligen Mehrheitsverhältnisse stimmen wir dem Haushaltsentwurf zu und werden die Weichen für die Zukunft stellen.

Ein Dank gilt allen in der Verwaltung mit unserem Bürgermeister an der Spitze für die gute Zusammenarbeit, besonders dem Kämmerer und seinem Team für dieses Zahlenwerk und die Unterstützung in unserer Haushaltsberatung, genauso wie Herrn Wurm und Herrn Dröge, die sich dafür Zeit genommen hatten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.